

# Königsberger Hartung'sche Zeitung.

## Der Königsberger Ausstand:

**Für bessere Lebensmittel-Verteilung. — Gegen bevorzugte Soldaten-Verpflegung. — Entwaffnete Sicherheitswehr. Wehrgefeß in Weimar beschlossen. — Regierungstruppen in Düsseldorf und Emden. — Die mitteldeutschen Wirren; Verkehrsstockungen; Ueberfall auf General Märker. — Leipziger Streik und Gegenstreik; der bedröhte Bürgerschuss. — Bayerns Räte-Staat. — Fortgeleitete Feindseligkeit im Waffenstillstand. — Lettow-Vorbeck's Empfang in Holland.**

### Streik.

Unsere Leser sind vierundzwanzig Stunden hindurch unbenachrichtigt geblieben. Die gesamte Königsberger Arbeiterschaft veranstaltete von Donnerstag bis Freitag einen Ausstand, der, wie wir schon im Donnerstags-Morgenblatt melden konnten, als Kundgebung für eine gerechtere Lebensmittelverteilung wirken sollte.

Der Streik erstreckte sich nach zwei Richtungen: erstens auf die Weiterbewilligung der Lebensmittelzulagen an Schwer- und Schwerstarbeiter, zweitens gegen die bevorzugte Lebensmittelbelieferung der Soldaten. Man wird in beiden Punkten zugeben können, daß die Forderung der Arbeiterschaft verständlich ist. Zwar gibt es auch unter den Schwer- und Schwerstarbeiter einige Gruppen, deren Anrecht auf bessere Ernährung, als sie der gesamten übrigen Bevölkerung zuteil wird, anfechtbar ist. Ganz ohne Willkürlichkeiten geht es nicht ab, wenn man alle Schwer- und Schwerstarbeiter über einen Kamm schert, ohne Nachprüfung, ob die tatsächliche Arbeitsleistung jedes einzelnen Mitgliedes der betreffenden Arbeitergattung die Lebensmittelzulage rechtfertigt. Grundsätzlich aber wäre denen, die wirklich noch dieselbe außergewöhnlich schwere Arbeit leisten wie in der Kriegszeit, eine reichlichere Ernährungsweise wohl zuzubilligen. Wird erst wieder der Markt frei, so werden sich die Schwerarbeiter infolge ihrer angemessenen höheren Löhne selber entsprechend besorgen können. Bis dahin muß ihnen geholfen werden, so gut es irgend geht. Noch allgemeinere Zustimmung aber wird das Verlangen der Arbeiterschaft finden, daß sich die Soldaten, soweit sie keinen regelrechten Dienst tun und jetzt noch zu vielen Tausenden ohne innere Notwendigkeit in den Bezugsstellen der Städte angehäuft sind, mit derselben Ernährung begnügen müssen wie die sonstigen Bevölkerung. Die Truppen, die an der Front standen und daheim kriegerische Verwendungszwecke erhalten werden mußten, hatten Anspruch auf größere Nahrungsmittelanteile. Jetzt aber müssen wir alle sozusagen wieder aus einem Topf essen. Die überflüssigen Soldaten müssen in ihre bürgerlichen Gewerbe zurückkehren, wo sie dann auch dem allgemeinen Ernährungsmarkt sich anpassen haben. Eine Bevorzugung in der Lebensmittelverteilung bei dem noch nicht entlassenen Militär, soweit es in anderen Berufen geerdneten Dienst tut, führt nur dazu, daß die betreffenden Arbeitskräfte wegen der besseren Verpflegung bei der Truppe bleiben, statt sich ihrer bürgerlichen Arbeit zuwenden.

Sind schon die Ursachen des Ausstandes begrifflich, bleibt doch seine Zweckmäßigkeit fraglich. Wenn die Ansprüche der Schwerarbeiter auf diese Weise durchgesetzt werden, verkurzt sich unser Nahrungsmittelvorrat für die Gesamtheit. Distributionsbehörden, die auch nicht im Uebermaß schwimmt, hat als ein landwirtschaftliches Uebererschließgebiet wohl noch einige Lebensmittelvorräte. Aber wir bedürfen ihrer, wenn sich die Verkehrsverhältnisse noch verschlechtern. Ersatzvorräte anderer Art ausgeschöpft sind. Wir müssen auch für den Grenzschuß Nahrungsmittelbestände eingelagert behalten. Wir haben außerdem die Pflicht, von unseren Lebensmitteln das irgendwie Entbehrliche nach Berlin und noch dem deutschen Westen zu liefern, nicht nur weil es die Vorkriegszeit des Reichsernährungsamts so verlangt, sondern weil uns auch die Einsicht sagen muß, daß die Zustände in Deutschland noch unerschütterlich werden, wenn die Landwirtschaft im Osten an die westlichen Industriegebieten nichts abgibt. Die Erfüllung der Wünsche der Schwerarbeiter, für die die Königsberger Gewerkschaften ausständig wurden, ist demnach nicht frei von Bedenken. Wir dürfen durch einen teilweisen Erfolg des Ausstandes nicht auf die höchste Ebene geraten, um dasselbe Druckmittel etwa bei allen möglichen Gelegenheiten weiterzuwenden. Die Unternehmungen leiden unter einem derartigen Streik, der Knall und Fall anspricht, von dem sie vorher nicht in Kenntnis gesetzt werden, und dessen Gründe zu beseitigen sie keine Möglichkeit haben, und wenn sich die Betriebsverluste durch Ausstände häufen, hat schließlich die Arbeiterschaft mittelbar den Schaden. Die Bewegung gegen die Bevorzugung der soldatischen Verpflegung ist noch weniger aussichtslos. Die Reichsleitung wird durch den Königsberger Ausstand nicht befähigt, dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu machen. Die Reichsleitung hat nicht die Macht dazu. Ihre Absicht ist offenkundig, die unnütze Stärke der Garnisonen herabzusetzen. Aber solange die Soldatenräte nicht aufgelöst sind, kann die Regierung nur abschrittweise durchgreifend gegen die Mißstände einschreiten.

Nach unserer Meinung wird folglich der Königsberger Ausstand die geplante Wirkung kaum haben. Das hindert uns nicht, anzuerkennen, daß er sich — abgesehen von der „freiwilligen“ Entwaffnung des Polizeipräsidiums usw. — ruhig abgewickelt hat, ohne irgendwelche Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten, die auch, solange die besonnenen Gewerkschaften die Führung dabei behalten, von vornherein nicht zu befürchten waren. Es gab in der Arbeiterschaft sicherlich unzählige Männer und Frauen, die den Streik nur aus Gemeinheitsgefühl mitmachten, ohne von seinem Wert durchdrungen zu sein. Eine dauernde Streikflut wird hier hoffentlich deshalb nicht auskommen. Sonst besteht die Gefahr, daß die Zeitung der Bolschewegung allmählich immer weiter nach links gleitet, und daß wir dann zu einer ähnlichen Verworrenheit kommen, wie sie in Berlin und Bremen gewollt gelöst werden mußte, wie sie in Rheinland-Westfalen und in Mitteldeutschland noch nicht überwunden ist, und wie sie in München und Leipzig sich bis zur Vernunftwidrigkeit ausgewachsen hat. Sobald sich die bürgerliche Gegenströmung eingestellt, die wir auch nicht gerade für ein Hochziel halten, die

aber in solchen Fällen unaufrichtig zu werden scheint, sobald sich dann das Wirtschaftsleben noch mehr zerschert.

Ein Schlüsselwort zu der Zeitungsfrage. Die Urheber des Königsberger Streiks hielten es für besonders nützlich, den Zeitungsdiens vollständig zu unterbinden. Wir glauben, daß sie in dieser Beziehung sehr schlecht beraten waren. Wenn die Öffentlichkeit völlig ohne Nachrichten bleibt und nicht weiß, was vorgeht, fällt sie den wildesten Gerüchten anheim. Mindestens mußte man den Zeitungen die Möglichkeit geben, über die Entstehung und den Verlauf des Streiks kurz zu berichten. Auch die Bekanntgabe der Zugständnisse der behördlichen Stellen hätte der Gesamtheit genützt und mühte sogar den Streitverwickelern, sollte man meinen, willkommen gewesen sein. Bei der Pflicht aber, mit der sich der Streikgedanke verknüpfte, blieb es bei der gänzlich Einstellung der Zeitungsbetriebe für die Dauer von vierundzwanzig Stunden. Wir bitten die Leser, den Ausfall nachsichtig zu beurteilen, an dem wir keine Schuld tragen, und von dem wir wünschen, daß er vereinzelt bleibt. Die unbedingte Stellung des öffentlichen Nachrichtenwesens ist immer wieder ein Zeichen dafür, daß unsere gesamten Zustände krank sind. Fortdauernde geordnete Arbeit aber ist der Ausdruck der wirtschaftlichen und politischen Gesundheit. Möchte es endlich zur Wiedergenehung kommen, und zwar auf vernünftigen Wege, ohne daß wir uns in noch schlimmeres Elend verstricken, und ehe der deutsche Volksstaat gefährlichen Rückbildungen ausgesetzt wird. P. L.

### Politische Rundschau.

Der Königsberger Generalstreik am gestrigen Donnerstag hat auch zu einer vierundzwanzigstündigen Unterbrechung des Zeitungsdiens geführt. Aus der Fülle des Nachrichtenmaterials, das sich während der zeitweiligen Stille des Betriebes angehäuft hat, geben wir nachstehend in gedrängter Kürze ein ungefähres Bild von allen wesentlichen politischen Vorgängen der letzten beiden Tage.

In der Nationalversammlung in Weimar bildete am Donnerstag der A. M. S. der Weimarer Arbeiter über die neue Reichsregierung den Gegenstand der Verhandlung. Es ging dabei nicht ganz ohne Erregung, ohne einige kleine Stürme ab. Die Unabhängigen, in ihrer unabweislichen Überzeugung gegen einräumige Zustände, zu deren Beseitigung eine auf Äußerung und Mannszucht beruhende Wehrmacht unbedingt erforderlich ist, lösten dafür. Sie hielten allerhand provozierende und verbeßende Reden, alles nur zu dem Zweck, in einer verworrenen Zeit die Verwirrung der Schichten, die ihren Forderungen folgen, nur noch zu steigern. Namentlich geschah das im Hinblick auf die Unruhen im Ruhrgebiet. In jenen ihre kämpflichsten Bemühungen, für die besagten Verhältnisse in rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Regierung und Verwaltung verantwortlich zu machen, wurden durch die mehrheitssozialistischen Abgeordneten, die als alte Weimarer Führer über die in Frage kommenden Zustände, über die freiwillige Wehrmacht des Sozialismus im ganzen Kohlengebiet gründlich unterrichtet, in der wirksamsten Weise zu schanden gemacht. Es versteht sich, daß die unabhängigen Weimarer über den Reichswehrminister Köpcke angedeuteten, daß auch Herr Köpcke würde ihnen zu dienen und die ganze Jämmerlichkeit ihrer Praktiken darzutun. Mit überzeugenden Gründen wies er die bringende Notwendigkeit der Schaffung einer zuverlässigen Wehrmacht nach. Die Vorlage wurde denn auch in britischer Lesung angenommen und fand damit ihre Erledigung. Im Anschluß an das Wehrgefeß beschloß sich das Haus mit dem Rotgefeß für Elsaß-Lothringen und mit dem Uebergangsgesetz, durch welches die frühere Abgrenzung der Kompetenzen einzelnen gleichgebenden Faktoren auf Nationalversammlung, Reichsrat und Reichspräsidenten übertragen wird. Beide letztgenannten Vorlagen wurden in erster und zweiter Lesung angenommen.

Größere Aufmerksamkeit nahmen nach wie vor die innerstaatliche Entwicklung in Bayern in Anspruch. Räte-Diktatur oder parlamentarische demokratische Regierung? Das ist noch immer die Frage. Bisher ist es noch zu keiner Entscheidung gekommen. Es wird berichtet:

Am Freitag, 28. Februar. Wie aus München gemeldet wird, ist es auch in der Nachmittagsitzung des Rätekongresses zu der erwarteten Abstimmung nicht gekommen. Dagegen erklärte man sich mit einem Vermittlungsantrag, der von sämtlichen Gruppen mit Ausnahme der „linken“ Linien unterzeichnet ist, einverstanden. Der Antrag besagt:

Der Rätekongress erklärt sich mit den Maßnahmen des Zentralrates, wonach 1. der Landtag aus Gründen seiner eigenen Sicherheit in anbetragt der Volksstimme vorerst vertagt bleibt, 2. die Tagung des Provinzial-Parlamentes für geschloffen erklärt werde, einverstanden. Ueber eine Weimarer Einberufung, die die revolutionäre Regierung in Weimar mit dem Aktionsausschuß, die jetzt die Tagung der Weimarer, Soldaten- und Bauernräte, stellt den Provinzial-Parlament, das beschieden des Reiches Volksstaates Bayern dar, daß soll von der nächsten Tagung ab der Provinzial-Parlament aus 210 Mitgliedern bestehen, die von den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten in acht Klassen nach dem vom Zentralrat herauszugehenden Richtlinien zu wählen sind.

Der Rätekongress wurde, ohne einen entscheidenden Beschluß über die Staatsform oder die Neubildung des Ministeriums gefaßt zu haben, auf morgen vormittag vertagt.

In der Stadt waren keine besonderen Ereignisse zu verzeichnen. Von morgen an soll die Polizeistunde von 7 auf 9 Uhr verlängert wer-

den, Theaterveranstaltungen, Konzerte und Lichtspiele werden wieder gestattet, Tanzlustbarkeiten sind verboten. Die Strafe ist um 10 Uhr zu räumen.

Ueber Ausschreitungen in Bamberg anläßlich der Delegation Eiseners, sowie über die in München erzielte Wirkung selbst liegen außerdem die folgenden Meldungen vor:

München, 28. Februar. Heute vormittag fand unter großer Beteiligung die Delegation des ermordeten Arbeiterführers Eiseners statt. Schon in den ersten Vormittagsstunden hatten sich tausende von Teilnehmern an der Tereisen-Delegation zu dem Trauerzug eingeschoben, der sich gegen 9 Uhr durch die rote und schwarze Flaggen in Bewegung setzte. Als der Zug den Kirchhof erreicht hatte, begann das Trauergelächte von allen Kirchen. In der Aufmarschhalle hielt Landauer die Gedächtnisrede. Nach ihm sprach u. a. die Minister Faße und Unterleitner, sowie die Abgeordneten Paale und Kausch. Matrzen trugen den Sarg alsbald zum Verrennungsplatz, wohin nur die nächsten Verwandten und Freunde des Toten folgten. Damit hatte die Feier ihr Ende gefunden. Vor der Aufmarschhalle sangen Chöre den „Wunsch an die Völker“ von Eisner und das Lied „Ein Sohn des Volkes will ich sein“.

Da die Spartakistenbewegung stets wirksamer Geheimgängen begegnet, haben Kommunisten, Spartakisten und die ihnen verbündeten Unabhängigen versucht, den politischen Streik als Waffe zu verwenden. Sie wollten damit erreichen, daß infolge des Hungers, deren die Regierung nicht Herr wird, sich die Macht in die Hand zu bekommen. Doch der Streik ist eine zweischneidige Waffe und trifft mit voller Schärfe auch die, die ihn anordnen. Nach dem Streik hatte zunächst die Streikbewegung in den von Terroristen beherrschten Industriezentren West- und Mitteldeutschlands eine große Ausdehnung gewonnen. Im Ruhrgebiet, in Ostfalen, in Pommern, in Danzig, in Magdeburg, Halle, Leipzig und Erfurt haben die Streikbewegungen die Macht an sich gerissen und schalten mit grenzloser Willkür. Ungeheurer Schaden ist dadurch bereits angerichtet. In Magdeburg und Halle ist eben o wie in Düsseldorf der Eisenbahnverkehr gänzlich stillgelegt. Damit wird nicht nur die Versorgung der damit völlig überlasteten Städte aus schwerer Gefahr, sondern auch die Unterehaltung der Arbeit in den noch arbeitenden Betrieben in Berlin und in absehbarer Zeit unmöglich gemacht. Der Reichskommissar für die Kohlenversorgung hat sich mit der gestrigen in Berlin erlassenen Verfügung, daß Berlin die Kohlenversorgung des Ruhrgebietes übernehmen solle, ohne Erfolg zu setzen. Der Streik im Braunkohlenrevier hat die große Überlastung der Eisenbahnwege zu einer erheblichen Teil der Berliner Eisenbahnlieferung beigetragen. Das ist es, was die Streikbewegungen anzustreben wollen, da allem Anschein nach die Streikbewegung planmäßig geleitet wird und das Ziel hat, einerseits Weimar einzufreien, wo die Funktionäre der Gewerkschaften sich nun auch von Solidarität mit den Streikenden in Ostfalen und dem mitteldeutschen Kohlenrevier erklärt haben, und andererseits Berlin zu rekonstruieren, wo es nun auch wieder losgehen soll. Nach der „Germania“ tritt jetzt dort die ganze unabhängige Sozialdemokratie für eine Arbeiterrevolution ein. In Weimar fordern die Gewerkschaftsfunktionäre: 1. Sofortige Einstellung von Betriebsräten mit Kontroll- und Mitbestimmungsrecht über Regierungsverordnungen, 2. Sofortige Sozialisierung der Berg- und Monopolbetriebe, 3. Zurücknahme des Erlasses über Wiedereinführung der Kommandogewalt, 4. Restlose Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte.

Der Eisenbahnstreik erstreckt sich von Nordhausen über Halle bis nach Torgau. Halle ist völlig abgerichtet, Bitterfeld und Delitzsch ebenfalls. In der heimischen Industrie liegen alle großen Betriebe still. Die Ueberlandstraßenzentrale Elbe, Bitterfeld und Schornewitz haben den Betrieb eingestellt.

Wie der Leipziger A. und S. Rat mittelt, ist der Generalstreik für ganz Thüringen erklärt. Bisher haben sich 23 Städte angeschlossen. Wie aus Jena gemeldet wird, hat das dortige Bürgertum in den Streik eingetreten. In Weidenfels ist die gleiche Maßnahme geplant. In Leipzig streiken seit Mittwoch 40-50000 Arbeiter.

Die Schäden, die dadurch dem ganzen Erwerbsebenen zugefügt worden, sind ungeheuerlich. Das Bürgertum schreit daher zur Selbsthilfe und sucht dem Streik durch Gegenstreik zu begegnen. So haben gestern in Leipzig, Halle, Göttingen und Frankfurt Beamte und Bürgerwehr den Gegenstreik erklärt und das ganze öffentliche Leben steht dort still. Es werden keine Lebensmittel mehr verteilt, sind jede behördliche und gewerbliche Arbeit ruht. In Göttingen hat man bereits einen Erfolg erzielt, da Buchdrucker und Transportarbeiter die Arbeit aufgenommen haben. Der Bürgerstreik ist danach ausgestellt. Sehr ungünstig verhalten sich die mehrheitssozialistischen Parteien zum Streik in Fortbrennen in anderen Städten, namentlich im Rhein- und Ruhrgebiet, gegen den Streik, und in Weimar waren gar in einer Konterrevolution Generalkommando die Vertreter aller drei sozialistischen Richtungen für ein militärisches Vorgehen gegen die Düsseldorf-Spartakisten. Die Regierung sucht nun durch militärische Macht und äußerliche Vermittlung die Beendigung der Streikunruhen herbeizuführen. In Düsseldorf sind Regierungstruppen eingeschoben und es steht das an eine Verhandlungsmöglichkeit, quinto eingewirkt zu haben. Es wird aus Düsseldorf gemeldet: Der Generalstreik, der über Düsseldorf verhängt worden ist, ist nunmehr durch die Bewilligung von 75 vom Hundert des Arbeitslohnes während des Streiks durch die Arbeitgeber seinem Abbruch nahe. Die Wiederaufnahme der Arbeit soll heute erfolgen. Die Arbeitgeber waren von den Arbeitern des Rechts aus von

Uebermorgen, Sonntag, Gemeindevwahl! Wählt die deutsch-demokratische Liste! Sie beginnt: Klempnermeister Bartsch, Justizrat Robert Cohn, Fr. Elisabeth Warkentin.